Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrig. Staat. ist d. Bezug nur p. Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Exp. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Rykestr. 31; Schulzendorferstr. 27; Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13 b.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, und den Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Schulzendorferstr. 27; Gr. Frankfurterstr. 33; Charlottenbg., Kantstr. 34, Schöneberg, Vorbergstr. 8, angen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung.

Nr. 287 | 37. Jahrgang | Sonntag 7. Juni 1908

[…]es Pfingstfestes wegen erscheint […] nächste Nummer des „Berliner Tage[…]ts“ am Dienstag, den 9. Juni, [mo]rgens.

[Hie]rzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 46.

Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

[D]ie preußischen Urwahlen haben der Sozial[demo]kratie die Bahn ins preußische Abgeordnetenhaus frei [gema]cht. Darin liegt ihre weittragende Bedeutung. Was [si]eben Sozialdemokraten — es können auch noch mehr [werd]en — im Abgeordnetenhause ausrichten, das ist eine [Sach]e für sich. Im wesentlichen dürften sie sich auf mehr [oder] minder kräftige Proteste und Reden zum Fenster hinaus [besch]ränken müssen. Aber darauf kommt es nur in zweiter [Linie] an; die Hauptsache ist, daß sich das Proletariat auch [im] Dreiklassenparlament festzusetzen beginnt, und zwar nicht [durc]h den einen oder anderen Zufallssieg, sondern durch [syste]matische Agitation und Organisation.

[D]as Dreiklassenwahlrecht hat für die Sozialdemokratie seine [Schr]ecken verloren, und zwar wegen der öffentlichen [Abs]timmung, an der die Regierung noch mit so schönem [Eife]r festhielt, ohne zu ahnen, daß die Sozialdemokratie [bal]de mit diesem reaktionären Kalbe zu pflügen gelernt hat. [Die] sozialdemokratischen Erfolge erstrecken sich allerdings nur [auf] Groß-Berlin und einige andere Industriezentren, während [sie] das flache Land noch ziemlich unberührt lassen; aber [eine]s Tages werden auch die ländlichen Arbeiter sich [für] politische Angelegenheiten zu interessieren beginnen, und [dan]n wird es sich fragen, ob das Dreiklassenwahlrecht nicht [auch] hier versagt. Vorläufig können die Konservativen, die [ihre] Wurzeln im Großgrundbesitz haben, noch als unbeteiligte [Zusc]hauer dabeistehen, wenn das Haus des städtischen Bürger[tum]s zu brennen beginnt, aber tatsächlich ist schon jetzt der [hist]orische Augenblick gekommen, an dem das Drei[klass]enwahlrecht in sein Gegenteil umzuschlagen beginnt und [dem]selben Proletariat zu nützen anfängt, dessen Ausschaltung [gera]de der Zweck des Dreiklassenwahlrechts gewesen war.

Solche Erwägungen dürften dazu mithelfen, auch den [Par]teien der Rechten wie der Regierung selbst gewisse Wahl[rech]tsreformen besonders in der Richtung einer Be[seiti]gung der indirekten und der öffentlichen Wahl nahezulegen. [Da]für wird man freilich versuchen, die Uebermacht des Be[sitze]s, zumal des fundierten Besitzes, um so nachdrücklicher [fest]zulegen; vollends dürfte man sich dagegen sträuben, die [Wa]hlkreise auf Grund der heutigen Bevölkerungsstärke neu [ein]zuteilen. Aber daß man eine Waffe des Klassenstaates, [die] allmählich stumpf geworden ist, umzuschmieden versuchen [wir]d, das ist nach dem Ausfall der jetzigen Wahlen kaum noch [zw]eifelhaft.

Die liberalen Parteien haben es ebenso den sach[lich]en Schwierigkeiten der Lage wie ihrer schwächlichen und [un]geschickten Taktik zu verdanken, daß sie im Wahlkampfe [un]glücklich abgeschnitten haben. Während von links die [So]zialdemokratie auf sie eindrängte und ihnen eine Reihe [vo]n Sitzen entriß, fanden sie auch nach der rechten Seite [kei]nen Schadenersatz. Im Gegenteil, auch die konservativen [Pa]rteien suchten in den großen Städten vorzudringen, und [sie] haben hier manchen Erfolg davongetragen. Aufs Land [du]rften die Freisinnigen nicht gehen, um nicht die Konserva[tiv]en vor den Kopf zu stoßen. Sie durften höchstens, wie im [W]ahlkreise Barnim, mit ihnen zusammenarbeiten. Aber die [K]onservativen dachten gar nicht daran, nun die freisinnigen [D]omänen zu respektieren. In Gemeinschaft mit dem Zentrum [be]haupteten sie die drei Breslauer Mandate und entrissen [de]m Liberalismus die drei Danziger Mandate. Ebenso [ve]rstand es das Zentrum, die neuen Wahlkreise in [S]chlesien und im rheinischen Industriegebiet mit Hilfe der [po]lnischen Wähler sich zu sichern.

Allerdings ließe sich in einer ganzen Reihe von Wahl[kr]eisen noch ein Umschwung herbeiführen, wenn Freisinn [u]nd Sozialdemokratie mit einander koope[r]ierten. Aber der Freisinn ist zu tugendhaft, den Acheron [i]n Bewegung zu setzen. Er will lieber klein bleiben, als daß [e]r aufhört, artig zu sein. Indessen wird es ihm doch [n]icht erspart bleiben, im neuen Abgeordnetenhause mit [d]en liberalen Forderungen, ganz besonders mit der [F]orderung einer gründlichen Umgestaltung des Drei[k]lassenwahlrechtes, Ernst zu machen. Die sozialdemo[k]ratischen Erfolge wären nicht möglich gewesen, wenn [n]icht große Teile des Bürgertums, die bisher ihre natürliche [V]ertretung im Liberalismus sahen, aus Verärgerung [f]ür die Sozialdemokratie gestimmt hätten. Diese Elemente [g]ewinnt man nicht durch Leisetreterei zurück, sondern nur [w]enn der Liberalismus wirklich die Volksinteressen nach[d]rücklich und ohne falsche Rücksicht wahrnimmt. Bei der engen Beziehung zwischen der Politik im Reich und in Preußen ist es selbstverständlich, daß im Reich auch nicht ein Pfennig an neuen Steuern bewilligt werden darf, so lange in Preußen nicht eine gründliche Wahlreform durchgeführt worden ist. Die liberalen Parteien müssen endlich einmal auftrumpfen, wenn sie nicht an die Wand gedrückt werden sollen.

In welcher Weise ein mündiges Volk nicht bloß die innere, sondern auch die auswärtige Politik seiner Regierung zu kontrollieren weiß, dafür hat das englische Unterhaus in der letzten Woche eine kleine Probe abgelegt. Es handelte sich dabei um die Reise des Königs von England nach Reval zum Besuch des Zaren. Die radikale Linke hat allerdings nicht verhindern können, daß die Mehrheit des Unterhauses das Verhalten der Regierung billigte, aber der Staatssekretär des Auswärtigen Grey mußte doch die Erklärung abgeben, daß ein Bündnis mit der russischen Regierung nicht beabsichtigt sei; er mußte überhaupt diesen Besuch, der an sich natürlich einen starken politischen Anstrich hat, auf das Gebiet der Familienbesuche hinüberspielen, um das Mißtrauen der Opposition unschädlich zu machen. In jedem Falle wurde es als das selbstverständliche Recht des englischen Parlaments angesehen, auch die auswärtige Politik der Regierung zu kritisieren und selbst die Reisen des Königs seiner Kontrolle zu unterziehen.

Dieses Vorbild ist für das deutsche Volk um so lehrreicher, als bisher der Reichstag an solchen Fürstenbesuchen schen vorbeisah und sie weder nach ihrer politischen Seite noch nach ihrem äußerlichem Verlauf zu kritisieren wagte. Dabei hat sich gerade in der letzten Woche wieder beim Empfang des Königs von Schweden in Berlin gezeigt, daß selbst solche Zusammenkünfte, die an sich vom ganzen Volke freundlich begrüßt werden, sich in Formen vollziehen, die als unzeitgemäß empfunden werden. Der Empfang durch den Oberbürgermeister am Brandenburger Tor, die Begrüßung durch die Schulkinder, das militärische Aufgebot und sonstige Aeußerlichkeiten des Empfanges wirken nicht nur für ein selbstbewußtes Volk beschämend, sondern sie machen auch, wie es scheint, bei den Besuchern selbst einen unangenehmen Eindruck. Wenigstens glaubt die „Germania“ in ihrer von uns mitgeteilten Auslassung feststellen zu können, daß der König von England gerade dieser geschraubten Förmlichkeiten wegen es vermieden hat, in Berlin einen offiziellen Besuch abzustatten. Solche Begleiterscheinungen fürstlicher Besuche, wie sie bei uns zum üblichen Programm gehören, mögen so lange ertragen werden können, als sie dem fürstlichen Gast wirklich ein billiges Vergnügen bereiten. Aber man muß ernstlich daran denken, mit ihnen aufzuräumen, wenn sie nur mit Widerwillen entgegengenommen werden.

Die Vertreter des Volkes haben um so mehr Anlaß, auch diesen höfischen Vorgängen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, als an sich gerade der Besuch des Königs von Schweden mit allgemeiner Sympathie begrüßt worden ist. Auch hat sich bei den Tischreden des Kaisers und seines königlichen Gastes herausgestellt, daß die deutsch-schwedischen Beziehungen sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Richtung gewonnen haben. Wenn diese Tatsache in der französischen Presse mit unfreundlichen Bemerkungen kommentiert worden ist, so liegt dazu deshalb kein zureichender Grund vor, weil kein Mensch bei uns daran denkt, diesem herzlichen Einvernehmen zwischen den beiden stammverwandten und benachbarten Mächten eine aggressive Spitze zu geben. Auf der anderen Seite lassen wir uns freilich auch nicht dreinreden, wenn es gilt, die Ostsee gegen äußere Eingriffe zu sichern. Es ist ein unvollziehbarer Gedanke, den Status quo in der Ostsee durch fremde Machenschaften umgestalten zu lassen.

Wir müssen gerade an diesem Punkte um so mehr auf unserer Hut sein, als die russische Presse und wohl auch die russische Regierung sich infolge der stärkeren Intimität mit England und Frankreich etwas geschwollen fühlen und deshalb gegen das Deutsche Reich einen gehässigen Ton anschlagen, zu dem an sich nicht die geringste Veranlassung vorliegt. Aber so viel bleibt auf jeden Fall bestehen, daß wir gegen das Unwetter, das in der Ostsee wie in Mazedonien heraufzuziehen scheint, auf der Wacht stehen müssen. Wir werden ihm um so sicherer entgegentreten können, je einmütiger Regierung und Volk in der Wahrung der deutschen Interessen zusammenarbeiten. Der Weg zu äußeren Erfolgen führt über eine Reformpolitik im Inneren hinweg.

---

* Dem Berliner Korrespondenten des „Temps“ erklärte, wie unser Pariser L-Korrespondent uns telegraphiert, eine politische Persönlichkeit über die **deutsch-russischen Beziehungen** folgendes: „Der Zar und der Kaiser stehen einander so freundschaftlich gegenüber wie in Swinemünde. Auch die Beziehungen zwischen den leitenden Staatsmännern sind freundschaftlich. Aber die russische Presse führt gegen uns eine Kampagne, deren Feindseligkeit immer mehr wächst, und welche die russische Regierung offenbar nicht aufhalten kann. Diesem Umstande müssen wir Rechnung tragen. Was den englisch-russischen Vertrag über die mazedonischen Reformen anlangt, über den die Mächte offiziell noch nicht informiert sind; dessen Grundlinien man aber kennt, so wird er hoffentlich beweisen, daß die anderen Mächte ebenso bestrebt sind wie wir, das europäische Konzert nicht zu stören.“ Der gleiche Korrespondent will von anderer Seite erfahren haben, daß Deutschland soeben dem Sultan einen neuen Beweis seiner freundlichen Gesinnung gegeben habe.

Politiker und Künstler.

Ein Pfingstgespräch.

Von
Ludwig Fulda.

[Nachdruck verboten.]

Politiker: Das trifft sich ja hübsch, daß wir gerade am Pfingstmorgen einander begegnen.

Künstler: Ein Vorzug, den ich wegen seiner Seltenheit zu schätzen weiß.

Politiker: Glückauf zur Ausgießung des heiligen Geistes!

Künstler: Ich gebe Ihnen diesen frommen Wunsch zurück.

Politiker: Ja, weiß Gott — wenn uns nicht hie und da der Zufall zusammenbrächte, ich glaube, wir sähen uns überhaupt nicht mehr.

Künstler: Es fehlt am neutralen Boden. Wir leben in zwei verschiedenen Sphären. Unsere Kreise berühren sich nicht.

Politiker: Und finden Sie das in der Ordnung? Deuten Sie damit nicht auf einen Mißstand, der zum Himmel schreit? Keine Berührung zwischen denen, die in erster Linie zu Führern des Volkes berufen sind . . .

Künstler: Wenn sie es nur nicht an der Nase herumführen.

Politiker: Nein, bitte, reden wir ernsthaft. Wer trägt die Schuld an dieser Zersplitterung, dieser Atomisierung der geistigen Kräfte? Wir Politiker doch gewiß nicht. Wir empfinden ja schmerzlich genug die vollkommene Gleichgültigkeit, mit der Sie und Ihresgleichen sich unserem Aktionsgebiet fernhalten.

Künstler: Ich lese täglich die Zeitung.

Politiker: Sie werden doch nicht leugnen können, daß wir Ihrer Welt zehnmal mehr Anteil widmen als Sie der unsrigen.

Künstler: Aus den Parlamentsdebatten geht das nicht ohne weiteres hervor.

Politiker: Und — ganz im allgemeinen gesprochen — wir würden uns mit der modernen Kunst und Literatur noch viel eingehender beschäftigen, noch viel wärmer für sie eintreten, wenn wir deutlicher das Herz des Jahrhunderts in ihr schlagen hörten; wenn wir nicht allzu oft in euren Werken den großen Zug vermißten.

Künstler: Vielleicht vermissen wir diesen großen Zug auch in eurer Politik.

Politiker: So tragt ihn doch hinein! Hic Rhodus, hic salta. Niemand wehrt euch, auf der politischen Bühne eure Superiorität zur Geltung zu bringen. Wurde nicht sogar jüngst aus euren eigenen Reihen euch zugerufen, daß ihr Künstler, ihr Gelehrten nicht länger in falscher Vornehmheit euch einkapseln dürft; daß ihr, eurer Bürgerpflicht bewußt, in die Arena des öffentlichen Lebens hinabsteigen sollt, um an den Kämpfen teilzunehmen, in denen auch um euer Wohl und Wehe gewürfelt wird?

Künstler: Ganz recht. Nur ist mir bis jetzt nicht klar geworden, wie man sich das praktisch vorstellt. Denn daß wir bloß alle paar Jahre einmal an die Wahlurne treten, kann doch mit diesem feierlichen Appell nicht gemeint sein. Sollen wir euch ins Handwerk pfuschen, indem wir samt und sonders aktive Parteimänner werden, in die Bierdörfer reisen und Wahlreden halten oder gar selbst kandidieren?

Politiker: Dünkt ihr euch zu gut dazu?

Künstler: Ja, dann wäre es aber nicht mehr als billig, daß ihr inzwischen unsere Bilder malt und unsere Bücher schreibt.

Politiker: Kunst ist Sache des Talents.

Künstler: Politik nicht ebenfalls?

Politiker: In ihren höchsten Leistungen sicherlich. Aber . . .

Künstler: Aber höchste Leistungen verlangt ihr gar nicht von uns. Ihr verlangt, eben weil wir auf unserem Felde Hervorragendes oder wenigstens Tüchtiges leisten, daß wir auf dem eurigen die Zahl der Mittelmäßigkeiten vermehren. Daß wir in Dingen mitreden, die wir nicht beherrschen, nicht beherrschen können, da doch schon eine einzige Materie, wie etwa die soziale Gesetzgebung, zu ihrer Durchdringung jahrelange angespannte Studien erfordert. Kurzum, ihr verlangt, daß wir bei euch dilettieren. Nein, der Gelehrte und der Künstler kennen das Unheil, das in ihrem Berufe der Dilettantismus anrichtet, zu genau, als daß sie sich nicht scheuen müßten, ihm in einem anderen selbst anheimzufallen.

Politiker: Und Mommsen? Und Virchow? Waren sie in der Politik nur Dilettanten?

Künstler: Sie waren Arbeitsriesen, die vermutlich für lange, lange Zeit zum letzten Mal den Typus des zusammenfassenden Menschen verkörperten. Denn immer gigantischer würden die Kräfte sein müssen, die sich dem unabänderlichen